

Revisions-Entwurf
der
Kantonsverfassung
(von 1852)
nebst
der bezüglichen Botschaft
des
Staatsrathes.



Sitten,
Buchdruckerei L. Schmid.
—
1875.

PA
3530

PA 3530

Mitglieder
des **Großraths-Ausschusses**
zur Prüfung des Revisions-Entwurfes.

- H. de Werra, Camille, von St. Moritz.
" In-Albon, Peter-Ludwig, von Brig.
" von Montheys, Ferdinand, von Sitten.
" Couchepin, Joseph, von Martinach-Dorf.
" Roten, Anton, von Raron.
" Briguët, Johann Baptist, von Lenz.
" Favre, Joseph, von Agettes.
" Deneriaz, Alexander, von Sitten.
" Durier, Ignaz, von Bal-d'Allez.
-

Gesetzesentwurf

betreffend die Revision der Kantonsverfassung

vom 23. Dezember 1852.



Der Große Rath des Kantons Wallis,

In Erwägung, daß eine Revision der Kantonsverfassung nothwendig geworden, um dieselbe mit der neuen Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 in Einklang zu bringen;

Folge gebend den, in den zwei ordentlichen Sessionen vom Mai und vom November 1874 gefaßten Beschlüssen, wo die Zweckmäßigkeit unserer Revision gemäß dem dritten Absatz des Art. 74 der gegenwärtig zu Kraft bestehenden Verfassung ausgesprochen wurde;

Auf den Antrag des Staatsrathes,

Verordnet:

Art. 1. Die Kantonsverfassung wird dem Volke in nachstehender Fassung zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt:



Médiathèque VS Medi



1010808329

PA 3530

Verfassung des Kantons Wallis.

Im Namen Gottes, des Allmächtigen!

I. Titel.

Allgemeine Grundsätze.

Artikel 1. (jetziger Art. 1.)

Wallis bildet einen souveränen und als Kanton der schweizerischen Eidgenossenschaft einverleibten Staat.

Die Souveränität beruht in der Gesamtheit der Aktivbürger des Kantons.

Die Regierungsform ist die repräsentativ-demokratische.

• Art. 2. (jetziger Art. 2 abgeändert.)

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen sind innert den, mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten vereinbaren Schranken gewährleistet.

Die römisch-katholisch-apostolische Religion ist die Staatsreligion; der Beistand des Gesetzes ist ihr zugesichert.

Art. 3. (jetziger Art. 3 abg.)

Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt im Wallis keine Vorrechte, weder der Orte, noch der Geburt, der Personen oder Familien.

Art. 4. (jetziger Art. 4 abg.)

Die persönliche Freiheit und die Unverletzlichkeit der Wohnung sind gewährleistet.

Niemand darf gerichtlich verfolgt oder verhaftet, und keine Hausdurchsuchung darf vorgenommen werden, außer in den vom Gesetze vorgeschriebenen Fällen und auf die von demselben vorgeschriebene Weise.

Art. 5. (jetziger Art. 9.)

Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden.

Art. 6. (jetziger Art. 11 abg.)

Das öffentliche und das Privateigenthum, sowie jenes der geistlichen und weltlichen Körperschaften ist unverletzbar.

Von diesem Grundsatz kann nur zum Zwecke öffentlichen Nutzens, oder in den vom Gesetze vorgesehenen Fällen und gegen eine gerechte und vorläufige Entschädigung abgewichen werden.

Art. 7. (jetziger Art. 12.)

Kein Grundstück kann mit einem unloskäuflichen Grundzins belastet werden.

Art. 8. (jetziger Art. 6 abg.)

Die Presse ist frei.

Das Strafgesetz bestraft den Mißbrauch derselben.

Art. 9. (jetziger Art. 5.)

Das Petitiofsrecht ist gewährleistet.

Art. 10. (jetziger Art. 7 abg.)

Das Recht der freien Niederlassung, die Handels-, Gewerbs- und Kunstfreiheit sind gewährleistet.

Die Ausübung dieser Rechte wird, innert den Schranken der Bundesverfassung, durch das Gesetz geregelt.

Art. 11. (jetziger Art. 8 abg.)

Der öffentliche Unterricht steht unter der Leitung und der Obergewalt des Staates.

Der Primarunterricht bleibt obligatorisch und unentgeltlich.

Die Lehrfreiheit ist unter Vorbehalt der gesetzlichen Bestimmungen gewährleistet.

Art. 12. (jetziger Art. 13 abg.)

Jeder Bürger ist wehrpflichtig.

Die Anwendung dieses Grundsatzes ist durch die Bundes- und Kantonalgesetzgebung geregelt.

Art. 13. (neuer Artikel.)

Jeder öffentliche Beamte ist für seine Amtsführung verantwortlich.

Art. 14. (neuer Artikel.)

Die Staatsausgaben werden bestritten:

a) aus den Einkünften vom Staatsvermögen;

- b) aus dem Ertrag der Regalien und der Fiskusgebühren ;
- c) aus den Bundesentschädigungen ;
- d) aus den direkten und indirekten Steuern.

Art. 15. (neuer Artikel.)

Jede außerordentliche Ausgabe, die außer dem sich ausgleichenden normalen Kostenanschlag, auf Fr. 60,000 und darüber steigt, sowie jede periodische Ausgabe von Fr. 20,000, die sich während einer Reihe von wenigstens drei Jahren wiederholt, muß in nachstehenden Fällen der Volksabstimmung unterbreitet werden :

- 1) Wenn vor Schluß der Session, in welcher diese Ausgaben beschlossen wurden, der Drittel des Großen Rathes das Begehren dazu stellt ;
- 2) Wenn dieses Begehren innert den 30 Tagen auf Veröffentlichung der beschlossenen Maßnahmen, die auf dem gewöhnlichen Wege der Bekanntmachung und durch Einrücken in das Amtsblatt dem Publikum zur Kenntniß zu bringen sind, von 3000 Aktivbürgern an den Staatsrath gerichtet wird.

Innert den 50 Tagen nach dem oberrwähnten Begehren hat der Staatsrath die Volksabstimmung in der gebräuchlichen Weise vornehmen zu lassen.

Zur Verwerfung ist die Betheiligung von 12,000 Aktivbürgern erforderlich. Unter den Stimmen entscheidet die absolute Mehrheit.

Art. 16. (jetziger Art. 41.)

Die deutsche und die französische Sprache sind als die Nationalsprachen erklärt.

II. Titel.

Eintheilung des Kantons.

Art. 17. (jetziger Art. 15 abg.)

Der Kanton ist in Bezirke eingetheilt.

Die Bezirke sind aus Gemeinden gebildet.

Der Große Rath kann durch ein Gesetz die Zahl und Umgrenzung der Bezirke, und durch ein Dekret die der Gemeinden, nach Anhörung der Be-
theiligten, abändern.

Er bezeichnet auch die Hauptorte derselben.

Art. 18. (jetziger Art. 16.)

Sitten ist der Hauptort des Kantons und der Sitz des Großen Rathes, des Staatsrathes und des Appellationsgerichts.

Diese Staatskörper können jedoch ihren Sitz anderswohin verlegen, wenn wichtige Umstände es erfordern.

III. Titel.

Politischer Stand der Bürger.

Art. 19. (jetziger Art. 17 abg.)

Walliser sind :

- 1) Die Bürger einer Gemeinde des Kantons;

- 2) Diejenigen, welchen das Kantonsbürgerrecht übertragen wird.

Art. 20. (jetziger Art. 18 abg.)

Die Fremden können vor Erwerbung des Kantonsbürgerrechts nicht definitiv als Bürger einer Gemeinde aufgenommen werden.

Art. 21. (neuer Artikel.)

Jeder Kantonsbürger kann, unter den vom Gesetze bestimmten Bedingungen, in einer andern Gemeinde das Bürgerrecht erwerben.

IV. Titel.

Öffentliche Gewalten.

Art. 22. (jetziger Art. 19.)

Die öffentlichen Gewalten sind:

- Die gesetzgebende Gewalt;
- Die vollziehende und verwaltende Gewalt;
- Die richterliche Gewalt.

I. Kapitel.

Gesetzgebende Gewalt.

Art. 23. (jetziger Art. 20.)

Die gesetzgebende Gewalt wird vom Großen Rathe ausgeübt.

Art. 24. (jetziger Art. 21.)

Außer auf frischer That ergriffen, können die Mitglieder des Großen Rathes ohne Erlaubniß dieses Körpers, während den Sessionen weder gerichtlich belangt, noch verhaftet werden.

Art. 25. (jetziger Art. 22.)

Die Abgeordneten sollen zum allgemeinen Besten nach ihrer Ueberzeugung stimmen. Sie dürfen durch keine Verhaltensbefehle gebunden werden.

Art. 26. (jetziger Art. 23.)

Die Beschlüsse des Großen Rathes werden durch absolute Stimmmehrheit gefaßt.

Er darf nur insofern rathschlagen, als die anwesenden Abgeordneten die absolute Mehrheit der Gesamtzahl seiner Mitglieder bilden.

Art. 27. (jetziger Art. 24.)

Der Große Rath versammelt sich von rechts wegen ordentlicher Weise am dritten Montag Mai und am dritten Montag November.

Außerordentlicher Weise tritt er, vom Staatsrath auf dessen Initiative, oder auf das schriftliche und motivirte Begehren von 20 Abgeordneten einberufen, zusammen.

Art. 28. (jetziger Art. 25.)

Jede ordentliche Session dauert höchstens dreizehn fortlaufende Tage; in Fällen höherer Wichtig-

keit und Interesses jedoch kann dieselbe fortgesetzt werden. Der Große Rath berathet darüber.

Art. 29. (jetziger Art. 26.)

Die Sitzungen des Großen Rathes sind öffentlich. Wenn es die Umstände erfordern, so beschließt er geheime Sitzung.

Art. 30. (jetziger Art. 27.)

Der Große Rath ernennt alljährlich in der ersten ordentlichen Session, aus seiner Mitte, seinen Präsidenten, zwei Vicepräsidenten, zwei Sekretäre, den einen für die deutsche, den andern für die französische Sprache, und zwei Stimmenzähler.

Art. 31. (jetziger Art. 28 abg.)

Der Große Rath ernennt in der ersten ordentlichen Session jeder neuen Amtsperiode den Staatsrath und das Appellationsgericht des Kantons.

Er wählt unter denselben den Präsidenten und Vicepräsidenten jeder dieser Körper.

Art. 32. (jetziger Art. 29.)

Dem Großen Rathe stehen folgende Amtsbefugnisse zu :

- 1) Er untersucht die Vollmachten seiner Mitglieder und erkennt allein über die Gültigkeit ihrer Wahl ;

- 2) Er genehmigt, ändert oder verwirft die Gesetz- oder Dekretsentwürfe ;
- 3) Er bewilligt das Kantonsbürgerrecht ;
- 4) Er übt das Amnestie-, Begnadigungs- und Strafmilderungsrecht aus ;
- 5) Er prüft die Amtsführung des Staatsrathes ;
- 6) Er bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staates ; untersucht und schließt die Rechnungen und setzt das Inventar des öffentlichen Vermögensstandes fest ;
Sowohl der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben, als die Rechnungen werden öffentlich bekannt gemacht.
Das Reglement bestimmt die Veröffentlichungsart ;
- 7) Er bestimmt den Gehalt der öffentlichen Beamteten, sowie auch die nöthige Summe für die Angestellten des Staatsrathes ;
- 8) Er ertheilt die Ermächtigung zum Ankauf von Liegenschaften, zur Veräußerung und Verpfändung der Nationalgüter und zu den Staatsanlehen ;
- 9) Er ertheilt die Grubenkonzessionen und die Ermächtigung, selbe auf Drittmann zu übertragen ;
- 10) Er schließt mit den Kantonen und den auswärtigen Staaten Verträge ab, unbeschadet der sachbezüglichen Bundesverfügungen ;

- 11) Er ernennt zu denjenigen geistlichen Würden und Pfründen, deren Bestellung dem Staate zukommt ;
- 12) Er wählt in jeder Mal session die Gesandten auf den schweizerischen Ständerath ;
- 13) Er ernennt auch, auf den Vorschlag des Staatsrathes, die Offiziere, die einen höhern Rang, als denjenigen eines Hauptmanns haben ;
- 14) Er übt die souveräne Gewalt in Allem aus, was die Verfassung nicht ausdrücklich einer andern Behörde überträgt.

Art. 33. (jetziger Art. 30.)

Der Große Rath kann den Staatsrath einladen, ihm einen Gesetzes- oder Dekretsentwurf vorzulegen. Der Staatsrath hat alsdann die Pflicht, den verlangten Entwurf innert der vom Großen Rathe bezeichneten Frist vorzulegen.

Erklärt der Große Rath die Dringlichkeit eines Dekretsentwurfes, so ist der Staatsrath gehalten, denselben noch während der Dauer der nämlichen Session vorzulegen.

Art. 34. (jetziger Art. 31.)

Die Gesetzes- und Dekretsentwürfe müssen zwei Berathungen unterworfen werden.

Jede Berathung findet in einer ordentlichen Session statt.

Ist die Dringlichkeit eines Dekretes erklärt, so wird die zweite Berathung in der nämlichen Session eröffnet.

II. Kapitel.

Verwaltende und vollziehende Gewalt.

Art. 35. (jetziger Art. 32.)

Die Vollziehungs- und Verwaltungsgewalt ist einem aus fünf Mitgliedern gebildeten Staatsrath anvertraut.

Zwei derselben werden aus dem Kantonstheile gewählt, welcher die wirklichen Bezirke Goms, Brig, Visp, Arvon, Leuf und Siders in sich faßt; einer aus jenen der Bezirke Sitten, Ering und Gündis; zwei aus demjenigen der Bezirke Martinach, Entremont, St. Moritz und Monthey.

Art. 36. (jetziger Art. 33.)

Die Amtsbefugnisse des Staatsrathes sind:

- 1) Er legt die Gesetzes- und Dekretsentwürfe vor;
- 2) Er ist mit der Bekanntmachung und Vollziehung der Gesetze und Dekrete beladen, und erläßt zu diesem Behufe die nothwendigen Beschlüsse;
- 3) Er sorgt für alle Verwaltungszweige und die Handhabung der öffentlichen Ordnung;
- 4) (abg.) Er verfügt über die bewaffnete Kan-

tonalmacht innert den Schranken der Bundesverfassung und der Bundesgesetze.

Er hat die Mitglieder des Großen Rathes über die getroffenen Maßregeln ohne Verzug in Kenntniß zu setzen, und wenn es die Umstände erheischen, den Großen Rath einzuberufen.

Dieser ist unverzüglich einzuberufen, sofern die aufgebotenen Truppen sechshundert Mann übersteigen und das Aufgebot länger als vier Tage dauert.

Der Staatsrath kann nur vom Gesetze organisirte Truppen aufbieten.

- 5) (abg.) Er unterhält den Verkehr des Kantons mit den Bundesbehörden und den eidgenössischen Ständen ;
- 6) Er wählt die Regierungsstatthalter und die Unter-Regierungsstatthalter, die Beamteten, die Angestellten und die Geschäftsführer, deren Ernennung von der Verfassung oder dem Gesetze keiner andern Behörde eingeräumt ist, und er kann dieselben vermittelst eines mit Gründen belegten Entscheides widerrufen ;
- 7) Er überwacht die untergeordneten Behörden und ertheilt Weisungen für alle Verwaltungszweige ;
- 8) Er kann die Verwaltungsbehörden, welche sich weigern würden, seine Befehle zu vollziehen, von ihren Amtsverrichtungen ein-

stellen, muß aber dem Großen Rathe in dessen nächsten Session darüber Bericht erstatten.

Art. 37. (jetziger Art. 34.)

Die Regierung hat in jedem Bezirke für die Vollziehung der Gesetze und Beschlüsse einen Vertreter unter dem Namen Regierungsstatthalter und einen Stellvertreter desselben.

Art. 38. (jetziger Art. 35.)

Der Staatsrath ist für seine Amtsführung verantwortlich; er erstattet alljährlich Bericht darüber.

Art. 39. (jetziger Art. 36.)

Die Staatsräthe können nicht im Großen Rathe als Mitglieder desselben sitzen. Sie nehmen an dessen Verhandlungen Theil, haben aber dabei kein Stimmrecht.

Art. 40. (jetziger Art. 37 abg.)

Die Verwaltungsstreitigkeiten werden durch ein eigenes Gesetz geregelt.

Art. 41. (jetziger Art. 38.)

Zur Erledigung der Geschäfte theilt sich der Staatsrath in Departemente.

Ein vom Großen Rathe genehmigtes Reglement bestimmt die Zahl und die Amtsverrichtungen derselben.

Art. 42. (neuer Artikel.)

Die Mitglieder des Staatsraths können keine andere Kantons- oder Gemeindeanstellung bekleiden.

Auch die Ausübung eines freien Berufes ist ihnen ebenfalls untersagt.

Art. 43. (neuer Artikel.)

In den eidgenössischen Räthen dürfen zu gleicher Zeit nicht mehr als zwei Mitglieder des Staatsrathes sitzen.

III. Kapitel.

Richterliche Gewalt.

Art. 44. (jetziger Art. 39 abg.)

Die richterliche Gewalt ist von den andern Gewalten unabhängig und getrennt.

Art. 45. (jetziger Art. 40 abg.)

Es besteht in jedem Amtsbezirke wenigstens ein Richter und ein Ersatzmann;

Durch Kreis ein Civil-, ein Korrekptions- und ein Kriminalgericht;

Und für den Kanton ein Appellationshof.

Art. 46. (neuer Artikel.)

Die Anzahl der Amtsbezirke und Kreise, die Kompetenz der Richter und der Gerichte, der Wahlmodus, sowie auch die Unverträglichkeit zwischen den

richterlichen und anderen Amtsverrichtungen werden durch das Gesetz über die Gerichtsorganisation bestimmt.

Bei der Bildung der Amtsbezirke berücksichtigt man die Bevölkerung der Gemeinden und deren topographische Lage.

Es können nur sieben Kreisgerichte bestehen.

Je nach der Art der Händel, die vor denselben gebracht werden, kann sich der Appellationshof in besondere Kammern abtheilen.

V. Titel.

Bezirks- und Gemeindeverwaltung.

I. Kapitel.

Bezirksrath.

Art. 47. (jetziger Art. 44.)

Es besteht in jedem Bezirke ein Bezirksrath.

Der Gemeinderath wählt die Abgeordneten auf denselben aus seiner Mitte oder außer derselben, im Verhältniß von einem auf dreihundert Seelen Bevölkerung.

Der Bruch von hundert ein und fünfzig wird für ein Ganzes gerechnet.

Jede Gemeinde, welche immer ihre Bevölkerung sein mag, ernennt wenigstens einen Abgeordneten.

Art. 48. (jetziger Art. 45.)

Der Regierungsstatthalter oder dessen Stell-

vertreter führt beim Bezirksrath den Vorsitz mit beratthender Stimme.

Den Sekretär wählt der Rath aus seiner Mitte.

Art. 49. (neu.)

Der Bezirksrath wird, auf die Dauer von vier Jahren, innert den ersten 14 Tagen nach dem Amtsantritt der Gemeinderäthe gewählt.

Art. 50. (jetziger Art. 46.)

Der Bezirksrath überwacht die Interessen des Bezirkes; er schließt die Rechnungen ab und vertheilt die diesem zufallenden Lasten unter die Gemeinden.

Er nimmt alljährlich Kenntniß von dem Rechnungsbereichte der Finanzverwaltung des Staats.

Art. 51. (jetziger Art. 47.)

Das Gesetz bestimmt die Organisation und die weiteren Amtsbefugnisse dieses Rathes.

II. Kapitel.

Gemeindeverwaltung.

Art. 52. (jetziger Art. 48 abg.)

In jeder Gemeinde besteht:

- 1) Eine Urversammlung;
- 2) Ein Gemeinderath (Municipalität);

3) Eine Bürgerversammlung.

Wenn die Zahl der Nicht-Bürger wenigstens den Viertel der Urversammlung bilden, so ist die Bürgerversammlung beauftragt, die Bildung eines getrennten Bürgerraths zu begehren.

Art. 53. (jetziger Art. 49 abg.)

Die Urversammlung besteht :

- 1) aus den Bürgern ;
- 2) Aus den durch die Bundesgesetzgebung zum Stimmen berechtigten Wallisern und Schweizern.

Art. 54. (jetziger Art. 50 abg.)

Die Urversammlung ernennt den Rath, den Präsidenten und Vizepräsidenten der Gemeinde.

Art. 55. (jetziger Art. 51.)

Die Bürgerversammlung besteht ausschließlich aus Bürgern, sie ernennt, eintretenden Falls, ihre Räte, deren Zahl sie festsetzt, und verfügt über die Aufnahme von neuen Bürgern.

Art. 56. (jetziger Art. 52.)

Diese Versammlungen berathen, jede insoweit es sie betrifft, über die den Genuß ihres Vermögens oder die Polizei beschlagenden Reglemente, und anderweitige Ortsverordnungen mit Beziehung auf die Veräußerung und Verpfändung der Güter, die

Rechtshandel in Appell. Sie nehmen alljährlich Kenntniß von den Rechnungen und der Verwaltung des Rathes.

Art. 57. (jetziger Art. 53 abg.)

Der Gemeinderath besteht aus mindestens drei, und aus höchstens fünfzehn Mitgliedern.

Derselbe erläßt die Ortsverordnungen und sorgt für deren Vollziehung; ernennt seine Angestellten, bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben und vertheilt die öffentlichen Lasten.

Art. 58. (jetziger Art. 54.)

Der Burgerrath verwaltet die Güter und überwacht die Interessen der Bürgerschaft, schlägt der Versammlung das Reglement über den Genuß des Bürgervermögens vor, und erstattet alljährlich Rechnung über seine Verwaltung.

Art. 59. (jetziger Art. 55 abg.)

In den Ortschaften, wo kein Burgerrath besteht, besorgt der Gemeinderath dessen Amtsgeschäfte.

Art. 60, (jetziger Art. 56 abg.)

In den Gemeinden von 400 Stimmenden mit zerstreuter Bevölkerung können die Ur- und Bürgerversammlungen sektionsweise stimmen. Wenn die Sektionen getrenntes Gemeindevermögen besitzen, so kann jede derselben ihre Rathsglieder ohne Bethheiligung der andern Sektionen wählen.

Art. 61. (jetziger Art. 57.)

Die Organisation und die andern Befugnisse dieser verschiedenen Räthe sind durch das Gesetz bestimmt.

Art. 62. (jetziger Art. 58 abg.)

Der Staatsrath übt die Aufsicht über die Gemeinde- und Burgerverwaltungen.

Die von diesen Verwaltungen erlassenen Reglemente unterliegen der Genehmigung des Staatsrathes.

Dieser intervenirt jedes Mal, wenn von einem Bethelligten Klage erhoben wird.

Art. 63. (neu.)

Zu jedem Verkauf oder Anleihen, das die Gemeinderäthe oder die Burgerschaften vornehmen wollen, ist die Genehmigung der Vollziehungsgewalt erfordert.

VI. Titel.

**Wahlmodus, Bedingungen der Wahlfähigkeit,
Dauer der öffentlichen Aemter.**

Art. 64. (jetziger Art. 59 abg.)

Die Abgeordneten auf den Großen Rath werden für jeden Bezirk unmittelbar durch das Volk, im Verhältniß von einem auf 1200 Seelen Bevölkerung gewählt.

Die Bruchzahl von 601 zählt für 1200.

Jeder Bezirk wählt zugleich Ersatzmänner im Verhältniß von einem auf 2400 Seelen, ohne Bruchzahl zu rechnen.

Das Volk stimmt in der Gemeinde.

Die Wahl findet bezirksweise statt, und zwar vermitteltst Listenstimmkarten, wobei es gestattet ist, auf die nämliche Stimmkarte so viele Namen zu setzen, als Abgeordnete zu wählen sind, oder mehrere, oder sämtliche Stimmen einem einzigen oder mehreren Kandidaten zu geben.

Art. 65. (jetziger Art. 60 abg.)

Der Große Rath, der Staatsrath, die Gemeinderäthe und die Burgerräthe sind auf vier Jahre gewählt.

Der Präsident und der Vize-Präsident des Staatsrathes sind alljährlich einer Neuwahl unterworfen. Der Präsident kann nicht unmittelbar wieder gewählt werden.

Art. 66. (neu.)

Die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmänner des Großen Rathes findet für jede neue Amtsperiode am ersten Sonntag März statt.

Den Rang der Ersatzmänner bestimmt die Reihenfolge ihrer Erwählung, wenn diese in mehreren Wahlgängen stattgefunden; zwischen den im nämlichen Wahlgang Gewählten die Anzahl der erhaltenen Stimmen.

Der gewählte Große Rath tritt mit der Eröffnung der auf seine Wahl folgenden Maisession in Amtsthätigkeit.

Art. 67. (neu.)

Die Gemeinde- und Bürgerwahlen finden alle vier Jahre, am zweiten Sonntag Dezember statt.

Die Gemeindebehörden treten ihr Amt am ersten Tag des Jahres nach ihrer Wahl an.

Im Fall von Einsprachen entscheidet der Staatsrath, welche Behörden bis zum Eintreten des Urtheils zu funktioniren haben.

Art. 68. (neu.)

Die Wahlen finden durch absolutes Mehr statt.

Wenn mehr Bürger des absolute Mehr erhalten, als gewählt werden sollen, so sind diejenigen gewählt, die am meisten Stimmen auf sich vereinigt.

Wenn im ersten Wahlgang nicht alle zu wählenden Mitglieder das absolute Mehr erhalten, so wird zu einem zweiten, und eintretenden Falls, zu einem dritten Wahlgang geschritten.

Beim dritten Wahlgang sind Diejenigen gewählt, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigt, obgleich sie nicht die absolute Mehrheit erhalten.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Art. 69. (neu.)

Die Gerichtsbeamten werden auf die Amtsdauer von vier Jahren ernannt.

Art. 70. (jetziger Art. 61.)

Der Walliserbürger kann vor Erfüllung des zwanzigsten Altersjahres seine politischen Rechte nicht ausüben.

Art. 71. (jetziger Art. 62.)

Niemand darf in zwei Gemeinden stimmen.

Art. 72. (jetziger Art. 63.)

Um zu einem öffentlichen Amte wählbar zu sein, muß man volljährig, und in den Urversammlungen stimmfähig sein.

Art. 73. (jetziger Art. 64.)

Die geistlichen und die bürgerlichen Amtverrichtungen sind unvereinbar.

Art. 74. (jetziger Art. 66 abg.)

Es können nicht zu gleicher Zeit im Staatsrathe sitzen:

- 1) Vater und Sohn;
- 2) Schwiegervater und Schwiegerjohn;
- 3) Brüder und Stiefbrüder;

- 4) Schwäger ;
- 5) Oheim und Neffe.

Die unter Nummer 1, 2 und 3 vorgesehene Unverträglichkeiten sind auch auf die Gemeinde- und Burgerräthe anwendbar.

Art. 75. (jetziger Art. 68 abg.)

Die Fälle des Ausschlusses vom Stimm- und Wahlrecht sind durch die Kantons- und die Bundesgesetzgebung bestimmt.

Art. 76. (neu.)

Der Regierungsstatthalter darf keine Gerichtsbeamtenstelle bekleiden.

Art. 77. (neu.)

Niemand kann zugleich Gemeindepräsident und Amtsbezirks-Richter sein.

Art. 78. (neu.)

Niemand darf mehrere vom Staate bezahlte Stellen, deren Gehalte zusammen mehr als 3000 Franken betragen, auf sich vereinigen.

Art. 79. (neu.)

Das Gesetz bestimmt die andern Unverträglichkeitsfälle.

VII. Titel.

Allgemeine Bestimmungen und Revisionsmodus.

Art. 80. (jetziger Art. 70 abg.)

Die Vollziehungsgewalt sorgt für die Bekanntmachung der Gesetze und Dekrete und bestimmt den Tag der Vollziehbarkeit derselben, wenn anders ihn nicht der Große Rath selbst festsetzt.

Art. 81. (jetziger Art. 74 abg.)

Die vorliegende Verfassung muß revidirt werden, wenn es die Mehrheit der stimmfähigen Bürger begehrt.

Das von sechstausend Bürgern gestellte Revisionsbegehren wird in den Urversammlungen der Entscheidung des Volkes unterbreitet.

Im bejahenden Falle haben diese Versammlungen zugleich zu entscheiden, ob die Revision eine vollständige (Total-) oder theilweise (Partial-) sein, und durch den Großen Rath oder durch einen Verfassungsrath vorgenommen werden solle.

Jedes Revisionsbegehren wird an den Großen Rath gerichtet. Die Unterschriften dafür werden gemeindeweise abgegeben und die Wahlfähigkeit Derjenigen, welche sie beigesetzt, muß durch die Gemeindebehörden bescheinigt werden.

Diese Förmlichkeiten sind auch auf das, unter Art. 15 vorgesehene Referendumsbegehren anwendbar.

Art. 82. (jetziger Art. 74.)

Auch der Große Rath kann die Verfassung revidiren gemäß den für die Ausarbeitung der Gesetze bestimmten Formen, nachdem er in zwei ordentlichen Sessionen die Zweckmäßigkeit der Revision ausgesprochen.

Art. 83. (jetziger Art. 74, letzter Absatz.)

Die revidirte Verfassung wird dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt.

Art. 84. (neu.)

Das Gesetz über die Organisation der Gerichte und das Wahlgesetz müssen bis zum 1. Dezember 1876 in Kraft treten.

VIII. Titel.

Uebergangsbestimmungen.

Art. 84.

Die in dieser Verfassung vorgesehenen Wahlen finden erst nach Ablauf der durch die gegenwärtige Gesetzgebung bestimmten Fristen statt.

Die Dauer der Gerichtsbeamtungen ist für die erste Periode ausnahmsweise auf zwei Jahre festgesetzt.

Art. 2. Der Staatsrath hat für eine hinreichende Bekanntmachung des vorliegenden Verfassungsentwurfes zu sorgen.

Art. 3. Wenn sich die Mehrheit der Bürger für Annahme ausgesprochen, so wird die Verfassung als Staatsgrundgesetz erklärt.

Art. 4. Der Tag der Abstimmung wird durch den Staatsrath festgesetzt. Dieselbe kann jedoch erst wenigstens drei Wochen nach Bekanntmachung des Entwurfes stattfinden.

Art. 5. Der Große Rath wird einberufen, um von dem Gesamtergebniß der Abstimmung Kenntniß zu nehmen.

Art. 6. Der Staatsrath wird mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt.

So beschloffen im Staatsrathe zu Sitten, den
2. April 1875.

Der Präsident des Staatsrathes:

Alph. Walther.

Der Staatschreiber:

Em. Barberini.

Botschaft

zum

Revisionsentwurf der Kantonsverfassung.

Der Staatsrath

an den

Großen Rath des Kantons Wallis.

Herr Präsident!

Herren Abgeordnete!

In Folge der Inkrafttretung der neuen Bundesverfassung haben Sie die Nothwendigkeit erkannt, auch unsere Kantonsverfassung abzuändern, um dieselbe mit ersterer in Uebereinstimmung zu bringen, und haben beschlossen, daß die erste Berathung dieser Revision in gegenwärtiger Session stattfinde. Wir beehren uns daher, Ihnen den verlangten Entwurf vorzulegen.

Als Ausgangspunkt nahmen wir dabei die gegenwärtig zu Kraft bestehende Verfassung, von der wir mit Vergnügen anerkennen, daß sie auf vernünftigen liberalen Grundlagen beruht. Auch haben wir uns darauf beschränkt, daran bloß die durch die neue Lage, den Fortschritt und die Forderungen der Zeit nothwendig gewordenen Abänderungen zu machen.

Um die Berathung und das Verständniß des Entwurfes zu erleichtern, haben wir in Parenthese bei jedem Artikel sorgfältig angegeben, welches die beibehaltenen, die abgeänderten oder die neu aufgenommenen Bestimmungen sind. Wir glauben, unsere Bemerkungen auf diese letztern beschränken zu sollen, und führen dieselben nach der natürlichen Reihenfolge der Artikel an.

Vor Allem aber müssen wir bemerken, daß wir einige Artikel, die nur unbedeutende, meistens nur die Form betreffende Abänderungen enthalten, stillschweigend übergangen, wie die Art. 8, 13, 17, 30, 40, 44, 57, 59 und 74, die sich von selbst verstehen, — und andere, deren Abänderung die Folge neuer Bestimmungen der revidirten Bundesverfassung sind und zu denen die Art. 10, 11, 12, 53, 75 u. s. w. gehören.

Wir gehen zu den Abänderungen über, die in unserem Entwurf eingeführt wurden, und die einiger Auseinandersetzung bedürfen.

Art. 2. Dieser Artikel ist die Zusammenstellung unseres jetzigen Art. 2 mit dem Art. 50 der Bundesverfassung.

Nachdem wir in erster Linie den Grundsatz der Freiheit für Alle ausgesprochen, halten wir darauf, laut den Glauben zu bekennen, der dem Walliser Volk am Herzen liegt und in dessen Schatten auf unserem Boden stets eine so großmüthige und vollständige Duldsamkeit geübt wurde.

Art. 3. Die Ersetzung des Wortes „Walliser“ durch „Bürger“ zeigt die Ausdehnung der den Schweizern anderer Kantone durch die Bundesverfassung und Gesetzgebung erteilten Rechte, indem dieselben den Angehörigen des Kantons, in dem sie wohnsäßig sind oder sich aufhalten, gleichgestellt sind.

Wir glaubten ferner auch den zweiten Satz dieses Artikels vervollständigen zu sollen, der nach seinem gegenwärtigen Wortlaut mit gewissen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzes in Widerspruch erscheinen könnte.

Art. 4. Wir haben in diesem Artikel die in den Art. 4 und 10 der jetzigen Verfassung, ihrer Analogie wegen vereinigt.

Art. 6. Die Ausdehnungen, welche wir dem Art. 11 gegeben, und indem dieser bloß eine Wiederanführung ist, erklärt sich nur zu sehr durch die traurigen Ereignisse, die wir vor unseren Augen sich abwickeln sehen.

Art. 14 u. 16. Kraft der jetzigen Verfassung ist die Gesetzgebungsgewalt kompetent, alle Ausgaben zu beschließen, während, nach dem Art. 72, die nothwendigen Maßnahmen zu deren Bestreitung, in ge-

wissen Fällen dem Volksreferendum müssen unterbreitet werden. Es liegt darin eine Anomalie, die Sie in Ihrer, im letzten Jänner an das Walliser Volk erlassenen Proklamation selbst anerkannt. Wir nahmen daher keinen Anstand, Ihnen zu beantragen, den erwähnten Artikel 72 durch Bestimmungen zu ersetzen, die den Grundsätzen der Logik und einer gesunden Staatswirtschaft besser entsprechen. Statt über die Einnahme zur Bestreitung bereits beschlossener Ausgaben und in Ausführung begriffener Werke die Genehmigung durch das Volk einholen zu lassen, halten wir es für klüger und vernünftiger, für jede außerordentliche Auslage, welche die im Entwurf bezeichnete Summe erreicht, vorerst die Ermächtigung abseiten der Steuerpflichtigen zu begehren. Die meisten eidgenössischen Stände gehen in dieser viel demokratischeren und aufrichtigeren Weise vor, mit dem Unterschiede jedoch, daß in den andern Kantonen die Summe der Ausgabe, die der Volksabstimmung unterliegt, viel höher ist, wie z. B. in Luzern, wo die neue Kantonsverfassung das Referendum erst verlangt, wenn sich eine Ausgabe auf wenigstens zweihunderttausend Franken beläuft, während wir bis auf Fr. 60,000 hinabgestiegen sind.

So oft als eine Ausgabe diese Summe erreicht, muß das Referendum stattfinden, und zwar nicht bloß auf das Begehren von 3000 Aktivbürgern, sondern auch, wenn der Drittel der Mitglieder des Großen Rathes es verlang. Unter diesen Bedingungen kann die Anwendung des Referendums, ohne obligatorisch zu sein, jederzeit auf das Leichteste stattfinden. Wir hielten es übrigens für äußerst

läßt, wenn jede Ausgabe innert den engen Schranken des Art. 15 der Volksabstimmung müßte unterbreitet werden.

Die für das Referendum zu befolgenden Förmlichkeiten sind im Art. 81 enthalten.

Art. 19 und 20. Diese Artikel bestimmen den politischen Stand der Bürger auf genauere Weise, als die Artikel der jetzigen Verfassung, und heben einen scheinbaren Widerspruch zwischen denselben. Während nämlich der Art. 17 sagte: „Walliser sind die Bürger einer Gemeinde“, bestimmte der Art. 18, daß man, um als Bürger aufgenommen zu werden, zuerst Walliser Bürger sei. Aus dieser Fassung ergab sich eine bedauerliche Verwirrung und in diesen letzten Jahren noch geschah es, daß Bürgerchaften definitive Bürgerbriefe an Individuen ausstellten, die noch nicht den in Walliser Staatsverband aufgenommen waren. Da andererseits Letzteres nicht geschehen kann, ohne zu wissen, wo der Betreffende eingebürgert wird, so halten wir dafür, daß der Einbürgerung in den Kanton eine Erklärung abseiten einer Bürgerbehörde vorangehen müsse, die das Versprechen der Annahme als Bürger enthält, und einer eventuellen Einbürgerung gleichkömmt, die endgiltig wird, wie die Ertheilung des Kantonsbürgerrechts erfolgt.

Art. 21. Der in diesem Artikel aufgestellte Grundsatz ist dem Gesetze über die Bürgerchaften vom 23. November 1870 entnommen. Der Staatsrath fand es geeignet, ihn in der Verfassung zu erwähnen, sowohl wegen seiner innern Bedeutung

als auch behufs einer feierlichen Auslegung der im Art. 51 enthaltenen Bestimmungen. Ein jüngster Konflikt, den die h. Versammlung kennt, begründet übrigens hinreichend die Einführung dieses Artikels.

Art. 42. Das Wesen und die Bedeutung der Amtsverrichtungen eines Mitgliedes des Staatsrathes bestimmen uns zum Antrage, die in diesem Artikel bezeichneten Unverträglichkeiten gesetzlich auszusprechen.

Art. 43. Wir glauben auch, daß die Kantonalverwaltung darunter leiden würde, wenn mehr als zwei Mitglieder der Regierung zu gleicher Zeit berufen wären, sich mit andern öffentlichen Angelegenheiten außer dem Kanton abzugeben. Dieser Grund hat die Abfassung des Art. 43 geleitet.

Art. 45 und 46. Den wiederholt geäußerten Wünschen der h. Versammlung Rechnung tragend, glaubten wir in dem ihnen unterbreiteten Entwürfe die Grundlagen unserer Gerichtsreform legen zu sollen.

Wir haben im Art. 45 den Grundsatz einer Centralisation ausgesprochen, dessen Verhältnisse im folgenden Artikel angezeichnet sind, der darauf hingeht, die Gemeinderichter durch ein Friedensgericht in jedem Amtsbezirke und die Bezirksgerichte durch Kreisgerichte zu ersetzen.

Wir finden es rüthlich, daß der Appellationshof sich, wie das Bundesgericht, in besondere Kammern abtheilen könne, je nach der Art der Handel — Civil-, Straf-, Handels- u. — die bei

ihm anhängig werden, und stellen dazu am Schluß des Art. 46 den ausdrücklichen Antrag. Die Anzahl der Richter, die wir nicht herabsetzen zu sollen glauben, erlaubt leicht diese Unterabtheilung, die den Gang der Handel fördern und erleichtern würde.

Art. 49. Dieser Artikel ist die Wiederholung des Art. 3 des Gesetzes vom 20. November 1855 über die Organisation der Bezirksräthe, außer der Erhöhung der Amtsdauer von 2 auf vier Jahre, wie jene der Gemeinderäthe, die wir ebenfalls um zwei Jahre zu verlängern beantragen. Wie alle Bestimmungen, welche den Zeitpunkt der Wahlen der Behörden und die Dauer der öffentlichen Aemter festsetzen, findet übrigens dieser Artikel natürlicher eine Stelle in der Verfassung, als im Gesetze.

Art. 52. Die Errichtung eines getrennten Burgerraths in den Gemeinden, die keine oder eine nur unbedeutende Zahl Nicht-Burger haben, als eine unnütze und kostspielige Verwaltungsmaschine betrachtend, glaubten wir die Befugniß, diesen Rath zu bilden, auf den Fall beschränken zu sollen, wo die Nicht-Burger sich im Verhältniß des Viertels wenigstens der Urversammlung befinden.

Art. 54. Die Streichung der letzten Worte des Art. 50 der jetzigen Verfassung, welchen der Art. 51 des Entwurfes entspricht, erklärt sich von selbst durch die beantragte Abschaffung der Gemeinderichter und deren Ersetzung durch die Friedensgerichte oder den Amtsbezirk-Richter, je nach der Benennung, die in dem Gesetze über die Gerichtsorganisation angenommen wird. Diesem ist dann auch die Art und

Weise der Wahl dieser Amtsbezirks-Richter vorbehalten.

Art. 60. Den letzten, diesem Artikel entsprechenden Satz im Art. 56 der jetzigen Verfassung haben wir als eine lästige und selbst unnütze Bestimmung gestrichen.

Art. 62. Eine wichtige, und durch die Erfahrung als nothwendig erwiesene Bestimmung wurde in diesem Artikel aufgenommen, um die Gemeindeverwaltungen zu verpflichten, ihre Reglemente dem Staatsrathe zur Genehmigung zu unterbreiten, damit die zu häufigen Widersprüche zwischen dem Gesetze und den Ortsstatuten und mancher veraltete Gebrauch und Grundsatz aufhöre.

Art. 63. Eine Wiederholung der in dem Art. 14 des Gesetzes vom 2. Juni 1851 über die Gemeindeverwaltung und Art. 1 des Dekrets vom 20. Mai 1868 über die Anleihen der Gemeinden enthaltenen Bestimmungen, die in Rücksicht ihrer Wichtigkeit natürlicher hier ihre Stelle haben. Man kann solche Bestimmungen nicht zerstreut in verschiedenen Gesetzen lassen.

Art. 64. Wir haben das Verhältniß der Anzahl der Abgeordneten zum Großen Rath auf Einen durch 1200 Seelen Bevölkerung und die Bruchzahl von 601 beschränkt, und das der Ersazmänner auf 1 durch 2400 Seelen ohne Berechnung der Bruchzahl. Dieses Verhältniß, das wir ganz

hinreichend finden, führt uns so ziemlich auf die Abgeordnetenzahl vor der letzten Volkszählung zurück.

Eine sehr wichtige Reform enthält der letzte Absatz dieses Artikels. Die Gründe dafür entwickeln wir in dem Anhange, die dieser Votischast als Fortsetzung folgt.

Art. 65. Die Amtsdauer der Gemeinde- und der Burgerräthe ist auf vier Jahre gesetzt. Diese Dauerverlängerung ist eine bessere Gewähr für die Unabhängigkeit der Gewählten, verschafft erfahrenere Verwaltungen und vermindert bedeutend die Wahlaufregung.

Außer dieser Abänderung wiederholt der vorliegende Artikel, in Verbindung mit dem Art. 69 des Entwurfs, alle im Art. 60 der jetzigen Verfassung enthaltenen Bestimmungen.

Art. 66, 67 und 68. Aus den bei Art. 49 angeführten Gründen glaubten wir, diese Artikel aus dem Wahlgesetze hieher übertragen zu sollen.

Art. 69. Wir verweisen hiefür auf den zweiten Absatz unter Art. 65 oben.

Art. 76, 77 und 78. Wir haben bereits bei den betreffenden Titeln bezüglich der verschiedenen Gewalten etwelche Unverträglichkeitsfälle aufgestellt. Hier erwähnen wir dreier anderer, die in keinem besondern Kapitel Aufnahme finden würden.

Laut dem Art. 76 kann der Regierungstatthalter keine Gerichtsstelle bekleiden, um dem im Art.

44 wieder aufgenommenen Zusatz zum Art. 39 der jetzigen Verfassung Rechnung zu tragen.

Auf gleiche Weise verhält es sich mit der im Art. 77 enthaltenen Bestimmung, die festsetzt, daß Niemand zugleich Gemeindevorstand und Amtsbezirksrichter sein könne. Die Ausdehnung, welche übrigens den Amtsverrichtungen des Amtsbezirksrichters gegeben werden, würden nicht leicht gestatten, diese Stelle mit der eines Gemeindevorstandes zu vereinen.

Der im Art. 78 aufgestellte Unverträglichkeitsfall ist nur die billige Anwendung der demokratischen Grundlagen, auf denen unsere Verfassung beruht.

Art. 79. Die Verfassungen vor denen von 1848 und 1852 verwiesen die nicht vorgesehenen Fälle an ein eigenes Gesetz und bis zu diesem ersten Datum war das Gesetz vom 31. Mai 1840 über die Unverträglichkeit der Ämter in Kraft geblieben. Da aber die hier oben erwähnten Verfassungen einige dieser Fälle geregelt, ohne die Bestimmung der übrigen an ein eigenes Gesetz zu verweisen, wie das die Verfassung von 1844 that, so folgte daraus, daß obenerwähntes Gesetz vom 31. Mai 1840 hiedurch von selbst abgeschafft war, und der Große Rath keine neuen Unverträglichkeitsfälle aufstellen konnte, ohne die Verfassung zu revidiren, indem diese sich allein das Recht in Sachen vorbehalten. Diese Sachlage, die wiederholt bezeichnete Uebelstände darbot, bestimmte uns, die in unsern frühern Verfassungen enthaltene Bestimmung wieder aufzunehmen, und das ist nun durch den Art. 79 geschehen. Es ist in der That

schwer, in der Verfassung, die oft lange in Kraft bleibt, alle Unverträglichkeitsfälle vorzusehen und aufzuzählen, von denen eine gewisse Anzahl ihren Grund haben können oder nicht, je nach den Umständen oder den indessen in der Gesetzgebung oder der ökonomischen Lage des Landes vorgekommenen Veränderungen. So mußten wir am Vorabend einer Reorganisation unserer Gerichtshöfe dem Gesetze die Sorge überlassen, die Unverträglichkeitsfälle zwischen den Gerichtsämtern und den andern öffentlichen Stellen zu bestimmen, indem erstere mehr oder weniger zahlreich sein müssen, je nachdem die Centralisation unserer Gerichte mehr oder weniger ausgesprochen sein wird. Augenscheinlich verhält es sich gleich mit andern, zu deren Bezeichnung der Art. 79 vollkommen freies Feld läßt, und mit denen man sich sobald befassen wird, als die Gerichtsreform, die laut Art. 84 des Entwurfs auf den 1. Dezember 1876 durchgeführt sein muß, verwirklicht sein wird. Da dieselben mit einander in Wechselbeziehung stehen, so muß man nothwendig ein Gesamtstudium vornehmen, durch ein eigenes Gesetz über die Unverträglichkeitsfälle jene ergänzen, die in der Gerichtsorganisation und in der Verfassung keinen Platz gefunden, in welcher letzterer nur die wichtigsten und die vor allen andern unabhängigen verzeichnet sind.

Art. 80. Die jetzige Verfassung schreibt im Art. 70, der dem Art. 80 des Entwurfs entspricht, vor, daß zwischen dem Tag des Schlusses der Session, in welcher ein Gesetz erlassen wurde, und jenem der Inkraftsetzung dieses Gesetzes ein nicht längerer Zeitraum als von dreißig Tagen stattfinden dürfe.

Wir haben diese Bestimmung, die uns in manchen Fällen unpraktisch schien, gestrichen. Wir glauben übrigens, daß der erwähnte Art. 80 die beabsichtigte Tragweite überschreite, und nicht so fast die Inkraftsetzung, als bloß die Bekanntmachung bezwecke.

Art. 81, 82 und 83. Diese drei Artikel zusammen geben die im Art. 74 der jetzigen Verfassung enthaltenen Bestimmungen wieder.

Der erste Absatz und die zwei letzten des Art. 81 sind neu. Der erste bezweckt die Ausweichung einer überflüssigen Abstimmung für den Fall, daß das Revisionsbegehren von der Mehrheit der stimmbfähigen Bürger verlangt worden wäre. Die vorletzte bestimmt die Form, in welcher das Revisionsbegehren zu stellen ist; und der Schlußabsatz verfügt, daß diese Form gleichfalls auch für das Referendumbegehren in Finanzsachen anwendbar sei.

Art. 84. Da der Wahlmodus für die Amtsbezirks-Richter erst durch das organische Gesetz festgestellt werden soll, so glaubten wir die Inkraftsetzung dieses Gesetzes auf den 1. Dezember 1876 setzen zu müssen, in welchen Monat die periodischen Wahlen fallen, damit die Urversammlungen auf jeden Fall ihre Wahlrechte ausüben können.

Art. 86. Der Staatsrath ging von dem Gedanken aus, daß daran gelegen sei, die Gerichts-ernennungen nicht mit den politischen Wahlen zusammentreffen zu lassen, und stellte zu diesem Zwecke

die im zweiten Absatz dieses Artikels enthaltene Bestimmung auf.

Beim Schlusse dieser Botschaft bitten wir den Allerhöchsten, Ihre Arbeiten zu segnen, damit das wichtige Werk, das aus Ihren Berathungen hervorgehen wird, für unser theures Vaterland eine neue Ära des Friedens und der Wohlfahrt eröffne.

Mit diesem Wunsche bringen wir Ihnen, Herr Präsident und Herren Abgeordnete, den Ausdruck unserer vollsten Hochachtung entgegen, indem wir Sie, nebst uns, dem Nachschutze Gottes empfehlen.

Sitten, den 17. April 1875.

Der Präsident des Staatsrathes :

Alph. Walther.

Der Staatschreiber :

Em. Barberini.

Unhang.

Auseinandersehung der Gründe für das im zweiten Absatz des Art. 44 vorgeschriebene Wahlssystem.

Bei seinem Erscheinen, als eine glänzende Er-
rungenschaft der demokratischen Ideen begrüßt, ist
jetzt vom allgemeinen Stimmrecht durchgängig aner-
kannt, daß es die blendenden Versprechen, die ihm
diese begeisterte Aufnahme verschafft, nicht gehalten.
Von allen Seiten hört man es die gewiegtesten
Staatswirthschaftslehrer laut aussprechen, daß die
bisherige Anwendung desselben eine mangelhafte,
unbillige und der Art gewesen, oft den Ausdruck
des Volkswillens zu fälschen. Einhellig wird ge-
genwärtig auf den Uebelstand hingewiesen, und das
System der Mehrheit um Eine Stimme verurtheilt,
und, um uns auf das, was bei uns vorgeht, zu be-
schränken, die jüngste Polemik in unsern öffentlichen
Blättern beweist uns, daß man bei uns ziemlich
allgemein die Nothwendigkeit bedeutender Abände-
rungen in unserm jetzigen Wahlssystem anerkannt.
Das Grundübel des allgemeinen Stimmrechts, wie
dasselbe gegenwärtig organisiert ist, liegt entweder im
mehr oder weniger vollständigen Ausschluß der Min-
derheit durch die Mehrheit, wenn der gesammte Wahl-
körper zusammenstimmt, oder, was noch schwerer ist,
in der sehr oft möglichen Wahl einer Mehrheit der
Vertreter in ganz entgegengesetztem Sinne der Mehr-
heit der Wähler, wenn die Abstimmung getrennt
stattfindet, wie das bei uns in mehr oder weniger

bedeutenden Kreisen stattfindet. Folgendes Beispiel weist unsere Behauptung schlagend nach. Nehmen wir im Kanton 24,000 Wähler an um 96 Abgeordnete zu wählen, wir geben nun 8,000 Wähler, oder den Drittel fünf Bezirken, die 32 Abgeordnete senden, und wir vertheilen die übrigen 16,000 Wähler unter die 8 andere Bezirke im Verhältniß von 2,000 durch Bezirk, denen jeder 8 Abgeordnete wählt oder alle zusammen 64.

In den 5 ersten Bezirken verfügt die Parthei A über eine ungeheure Mehrheit und vereinigt 7,500 Anhänger, während die Parthei B deren nur 500 zählt. Für diesen Landesheil haben wir folgendes Ergebnis:

Parthei A.		Parthei B.	
Wähler.	Abgeordnete	Wähler.	Abgeordnete
7,500	32	500	—

In jedem der anderen Bezirke stehen sich die Kräfte gleich gegenüber mit Ausnahme einer unbedeutenden Mehrheit zu Gunsten der Parthei B, die mit einer Mehrheit von 10 Stimmen durch Bezirk siegt und somit ihre sämtlichen Kandidaten durchdrückt. Wir haben somit für diese 8 Bezirke zusammen:

7,960	—	8,040	64
(995×8)		(1005×8)	

Das Gesammtergebniß wäre

15,460	32	8,540	64
--------	----	-------	----

D. h. die Parthei A, welcher nahezu zwei Drittel der Wähler angehören, wählt bloß den Drittel der Abgeordneten, während die Parthei B, welche kaum mehr als den Drittel des Wahlkörpers vereinigt, die zwei Drittel der Vertreter wählen würde : mit andern Worten, die Partheien wären im umgekehrten Verhältniß zu ihrer Kraft vertreten.

Die Hinweisung auf ein solches Ergebniß und eine solche Ungerechtigkeit verurtheilt auf immer das System, aus welchem diese hervorgehen können. Und dieses System steht bei uns im Gebrauch ! und diese Vertretung heißt eine nationale Vertretung.

Wenn man aber einig ist, die Uebelstände des Systems anzuerkennen, so wird es dagegen schwerer sein, sich über die Wahl der Maßregeln zu einen, dasselbe zu ersetzen. Der von uns vorgeschlagene Wahlmodus besteht in der Beibehaltung der Listenwahl durch Bezirk mit der Befugniß, auf den nämlichen Stimmzettel so viele Namen zu schreiben als Abgeordnete zu wählen sind, oder mehrere oder alle Stimmen einem oder mehreren Kandidaten zu geben. Dieses gemeiniglich unter dem Namen *Accumulativvotum* bekannte System schien uns das geeignetste, den verschiedenen politischen Partheien eine zu ihrer numerischen Stärke verhältnißmäßige Vertretung zu verschaffen. Wie jede neue Idee wird es bei uns mehr oder weniger hartnäckigen Vorurtheilen begegnen und es wurde im Voraus schon von Kritikern verworfen, die es nicht einmal studirt hatten. Diese Vorur-

theile werden hoffentlich fallen, wenn wir das Einfache seines Mechanismus nachgewiesen.

Die größte Schwierigkeit (und Alle, die an unsere politischen Kämpfe gewöhnt sind, werden zugeben, daß dieselbe nicht außerordentlich ist) die größte Schwierigkeit, sagen wir, liegt darin, sich über die numerische Stärke seiner Parthei annähernd, Rechenschaft zu geben. Ist dieser Faktor einmal festgestellt, so wird auf folgende Weise verfahren.

Nehmen wir eine Wahlversammlung an von 2400 Wählern, die 9 Abgeordnete zu wählen hat. Die Parthei A ist 1600 Stimmen stark, die Parthei B 800. Diese Letztere verfügt über den Drittel der Stimmen und ist somit sicher, einen Drittel der Gesamtvertretung, respektive drei ihrer Kandidaten herauszubringen, wenn sie auf dieselben alle Stimmen vereinigt, die sie auf die andern vertheilen könnte, d. h. wenn sie jedem ihrer drei Kandidaten 3 Stimmen giebt, statt 9 Namen auf die Wahlliste zu setzen und jedem nur eine Stimme zu geben. Auf diese Weise würde die Minderheit drei Abgeordnete, jeden mit 2400 Stimmen, und die Mehrheit die 6 andern mit 1600 Stimmen durchbringen.

Im Ganzen verfügt die Parthei A über 14,000 Stimmen (1600×9) und die Parthei B über 7200 (800×9). Wenn diese letztern, respektive die Minderheit, versuchen wollte, einen vierten Kandidaten durchzubringen, so würden die von ihr getragenen Namen wohl 1800 Stimmen auf sich vereinen, allein die Mehrheit brauchte nur 8 statt

9 Namen zu tragen, daß jeder derselben 1800 Stimmen vereinigt, und wenn sie nur 7 trägt, so würden dieselben jeder mehr als 2000 Stimmen erhalten. Daraus folgte, daß die Minorität, weil sie das Verhältniß, in dem sie zur Vertretung berechtigt war, überschreiten wollte, sich auf bloß zwei Vertreter beschränkt finden würde. Dieses Beispiel zeigt auch, daß die Mehrheit, um die Minderheit zu verhindern, auf ihr Gebiet hinüberzugreifen, auf ihre Liste ebenfalls nur eine ihrer numerischen Stärke entsprechende Anzahl Kandidaten tragen, und alle ihre Stimmen unter dieselben vertheilen soll, damit jeder von ihnen eine möglichst große Anzahl Stimmen erhalte.

Wenn 10, statt 9 Abgeordnete zu wählen wären, so müßte die Minderheit sehen, ob sie über 3 oder 4 Zehntel der Wähler verfügt. Im erstern Falle würde sie 3, im letztern 4 Stimmen tragen. Im Falle eines vollständigen Zweifels thäte die Minderheit immer viel klüger, sich an die kleinere Anzahl zu halten, indem sie, wenn sie eine Stimme mehr auf die Liste setzt, eben so gut einen Abgeordneten verlieren, als einen gewinnen kann.

Das System des *Accumulativvotums* hat übrigens den bedeutenden Vortheil, daß wenn eine Parthei, die über ihre numerische Stärke im Ungewissen ist, ihre Liste überladen hätte, sie darum doch immer noch vertreten bleibt und bloß Gefahr liefe, einen ihrer Vertreter zu verlieren.

Nehmen wir an, die Partheien A und B haben muthmaßlich die gleichen Aussichten, und werden

jede zu einer Stärke von 1000 Anhängern gerechnet. Es sind 10 Abgeordnete zu wählen. Jede der beiden Partheien setzt, in der Hoffnung, mit einigen Stimmen zu siegen, sechs Kandidaten auf ihre Liste. Am Tage der Abstimmung stellt sich heraus, daß die Parthei A nur 950 Stimmen vereinen konnte, während die Parthei B deren 1,050 zusammenbrachte. Diese Letztere hatte somit in Allem 10,500 Stimmen abgegeben (1050×10) und die erstere 9500 (950×10). Was folgt daraus? Daß die Parthei B ihre sechs Kandidaten mit 1750 Stimmen jeden ($10,500$ getheilt durch 6) durchbrachte, und daß die Parthei A, die jedem ihrer 6 Kandidaten 1583 bis 1584 Stimmen (9050 getheilt durch 6) gegeben, 4 davon gewählt hat, was die Liste vollzählig macht. Strenge genommen, wäre wohl die Parthei B in einem Verhältniß vertreten, das ihre numerische Stärke übertrifft; da sie aber die Mehrheit bildet, so liegt nichts Anstößiges darin, daß sie 6 Vertreter erhalten, und die Parthei A, die in Minderheit blieb, bloß 4 hat, ungeachtet sie über eine fast gleiche Stärke verfügt. Wenn sich diese Letztere mit 5 Namen begnügt hätte, so hätte sie alle, mit 1900 Stimmen jeden, durchgebracht, und die Parthei B hätte die andern 5 Abgeordneten, jeden mit 2100 Stimmen, gewählt. Daraus geht hervor, daß, wenn zwei Partheien über die gleiche oder fast gleiche Stärke verfügen, so genügt es, um gleichmäßig vertreten zu sein, daß eine der beiden Partheien entschieden daran hält, auf ihre Liste nur eine Anzahl Kandidaten von weniger als der Hälfte der zu wählenden Abgeordneten zu tragen.

Wenn die Zahl der Vertreter ungerad wäre, und man z. B. 9, statt 10 Abgeordnete zu wählen hätte, so könnte, unter obigen Bedingungen, jede Parthei 5 tragen. Mit den Wählern, über die sie verfügt, würde die Parthei B ihre 5 Namen, mit 2100 Stimmen durchbringen, und die Parthei A, die jedem der Ihrigen 1900 gegeben, erhielte die 4 andern Vertreter, mit Wegfallen des fünften, da derselbe am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt. Die Partheien wären genau nach ihrer numerischen Stärke vertreten.

Die Gerechtigkeit und die Einfachheit des Systems als solches wird von Niemanden bestritten. Der Haupteinwurf ist gegen die Art und Weise der Abfassung der Wahllisten gerichtet, die man eine sehr verwickelte zu nennen beliebt. Vor Allem muß bemerkt werden, daß keine Verwicklung vorkommen kann, als wenn die Anzahl der auf die Listen getragenen Kandidaten nicht ein genauer Divisor der Anzahl der zu wählenden Abgeordneten bildet. Es fällt in die Augen, daß, wenn 9 Abgeordnete zu wählen sind, und die Minderheit z. B. 3 Namen auf ihre Liste schreibt, alle Wahlzettel gleich sind, mit den 3 gleichen Namen, und jeder mit 3 Stimmen. In diesem Falle kommt nicht mehr Verwicklung vor, als beim jetzigen Systeme. Anders verhält es sich für die 6 Kandidaten der Mehrheit: für diese kann keine einförmige Liste aufgesetzt werden mit der nämlichen Stimmzahl für Jeden, indem, wollte man Jedem bloß 2 Stimmen geben, man im Ganzen 12, statt nur 9 Stimmen durch Wahlzettel abgäbe. Wie also vorgehen? Einfach so:

Alle Wahlzettel enthalten die nämlichen Namen, die Hälfte davon aber geben 2 Stimmen den 3 ersten Namen und eine jedem der drei andern, während die andere Hälfte der Wahlzettel 2 Stimmen den 3 letzten Namen und eine bloß jedem der drei ersten gäbe. Diese zwei Klassen von Wahlzetteln in gleicher Anzahl unter die Anhänger der nämlichen Parthei vertheilt, finden sich auch wieder in fast gleicher Anzahl und sichern so allen Kandidaten die gleiche Anzahl Stimmen mit geringem Unterschied, der übrigens bei allen Wahlen, welches System man auch habe, vorkommt.

Man wird einwenden, daß diese gleichmäßige Vertheilung der verschiedenen Listen unter Wähler der nämlichen Parthei keine leichte Sache sei; daß die Launen der Einzelnen die Einheit des Planes zerstöre u. u. Wir theilen diese Befürchtungen nicht, oder sehen wenigstens nicht, daß diese Uebelstände bei dem vorgeschlagenen Systeme in einem größern Maaße erscheinen werden, als bei jedem andern Systeme. Jeder weiß, daß keine Wahl, nach welchem Wahlmodus es immer sei, möglich ist, ohne vorherige Berechnung und entsprechende Ausführung des festgesetzten Planes; kurz, ohne daß die Parthei diszipliniert sei und die von den Führern oder einem Komite, das die Bewegung leitet, im Voraus aufgestellten Kandidaturen und Wahllisten annimmt. Das Treiben auf eigene Faust kann zu jeder Zeit und bei jedem Wahlsysteme vorkommen.

Allein in der Voraussetzung selbst, daß eine vollkommen genaue Vertheilung dieser verschiedenen

Listen nicht gemacht werden könne, so kann doch die Schwierigkeit einer kleinen Ungleichheit in deren Vertheilung nicht fühlbar und der Art sein, das Ergebniß zu verändern, indem die auf der Liste der herrschenden Parthei stehenden Namen dennoch die Mehrheit erhalten würden, wenn man auch jedem derselben eine Stimme durch Liste gäbe, indem deren vereinigte Einschreibung nichts Anderes bezweckt, als die Mehrheit zu verhindern, auf ihre Wahlzettel verhältnißmäßig mehr Kandidaten zu setzen, als sie über Kräfte verfügt, und so alle derartigen Ränke nicht nur unnütz zu machen, sondern selbst gegen die Parthei zu kehren, die sie ausübt, wie wir das oben nachgewiesen.

Im Ganzen genommen bietet das vorgeschlagene System folgende Vortheile:

1) Es sichert eine vollkommen billige und verhältnißmäßige Vertretung der Partheien, und wenn sich in einem Kreise nicht bloß zwei, sondern mehrere Partheien bilden sollten, so verschaffte es denselben die Möglichkeit, sich alle im Verhältniß zu der Stärke, worüber sie verfügen, vertreten zu lassen, ohne die schwächsten zu zwingen, abzustehen oder sich einer andern Parthei anzuschließen.

2) Durch Sicherung dieser Vertretung verhindert sie ebenfalls die Fälschung des Volkswillens, indem sie nicht gestattet, daß eine Minderheit des Wahlkörpers, in seiner Gesamtheit, der aber in besondern Abtheilungen stimmt, eine Mehrheit von Vertretern in die gesetzgebende Gewalt schicken könnte.

3) Der Geist der Billigkeit, der dieses System beseelt, ist eine mächtige Schranke gegen den Betrug, die Gewalt und die Pestechnung. In der That, wie eine Parthei weiß, daß sie ihre Gegenparthei nicht hindern kann, sich im Verhältniß ihrer Anhänger vertreten zu lassen, wird der Kampf nothwendiger Weise weniger lebhaft sein, als wenn es sich um Alles oder Nichts handelt.

4) Es geht darauf hin, das Interesse der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten wach zu halten. Bei dem System der Hälfte mehr Eins müssen die Partheien fast gleich stark sein, um sich am Kampf zu betheiligen. Eine unbedeutende Minderheit ist immer zur Enthaltung oder zur Erdrückung verurtheilt.

5) Es räumt den intellektuellen Kräften im Schooße der Nationalvertretung einen größern Platz ein. Nach dem gegenwärtigen System wird die Vertretung eines Bezirks ausschließlich aus den Reihen der herrschenden Parthei genommen. Da das vorgeschlagene System die Wahl von Abgeordneten der verschiedenen politischen Fraktionen sichert, so kann jeder Bezirk der öffentlichen Sache die Mitwirkung aller seiner hervorragenden Kräfte zuführen. Es ist klar, daß eine den verschiedenen Partheien entnommene Vertretung viel mehr geistige Kräfte und mehr Bürgschaft bietet, als die bloß aus der einen gewählten.

6) Sie beseitigt die Gefahr, die Wahlaufregung sich verlängern zu sehen, indem sämmtliche Abgeordnete fast sicher aus dem ersten Wahlgang hervor-

gehen. Da jede Parthei gewiß ist, eine, den Kräften, über die sie verfügt, entsprechende Anzahl Kandidaten durchbringen zu können, und im Falle des Zweifels das Ergebniß durch die Einschreibung eines Kandidaten über diesem Verhältniß, wie wir oben nachgewiesen, kein anderes Ergebniß hat, als daß ein Abgeordneter nicht gewählt ist, keineswegs aber, daß die ganze Liste durchfällt, so wird die Anzahl der getragenen Kandidaten, die herauskommen, in der nämlichen Anzahl sein, wie die zu einennenden Abgeordneten, indem jeder der auf die Liste getragenen Namen mit dem vorgeschlagenen System, fast unfehlbar eine merklich stärkere Anzahl Stimmen erhalten wird, als er zur Sicherung seiner Wahl bedarf. Weit entfernt, daß weniger die absolute Mehrheit erhalten, als Abgeordnete zu wählen sind, würden öfterer einige Ueberzählige, die sie erhalten, wegfallen müssen.

7) Es wahr besser, als jedes andere System, die individuelle Unabhängigkeit. Gegenwärtig ist ein Wähler, der angenommen, bloß in einen der von seiner Parthei getragenen Abgeordneten Vertrauen setzt, und doch nicht auf die andern stimmen wollte, gezwungen, auf den größten Theil seiner Rechte zu verzichten, indem die außerhalb der aufgestellten Liste abgegebenen Stimmen ohne Ergebniß blieben. Mit dem gegenwärtigen System hingegen ist ihm die Ausübung seines Rechtes bedeutend erleichtert, indem er die Befugniß hat, die Stimmen, worüber er verfügt, auf die Kandidaten allein zu vereinen, deren Wahl er sichern

will. Für ihn besteht in diesem Falle ein billiger und gerechter Ersatz.

8) Die Stimmenzusammenzählung endlich ist ebenso einfach als schnell.

Andere Systeme noch sind ebenfalls zu Tage getreten, wie der Wahlquotient, der an und für sich ebenso gerecht, dagegen aber weniger ausführbar, und dabei schwieriger zu berechnen ist, und das System der unvollständigen Liste, dessen Hauptübelstand ihm selbst zu Grunde liegt, und darin besteht, daß die Partheien fast nie im Verhältniß zu ihrer numerischen Stärke vertreten sind, indem die Anzahl der einzuschreibenden Kandidaten zum Voraus bestimmt ist. Dieses System kann sehr leicht ein wahrer Köder werden, denn wenn sich die Mehrheit auf gewandte Weise abzutheilen versteht, so kann sie in den meisten Fällen die Minderheit verhindern, sich geltend zu machen.

Man wird uns vielleicht bemerken, daß jetzige System mit fakultativer Bildung von Wahlkreisen genüge, um der Minderheit eine Vertretung zu sichern. Das mag in manchen Fällen wahr sein, sehr oft aber könnte sich auch die Minderheit auf diese Weise nicht geltend machen. In einem Bezirke z. B., wo die Minderheit in einer Gemeinde von nicht ganz 1000 Seelen Bevölkerung fast alle Stimmen besäße, und in jeder andern eine Anzahl von Anhängern unter der Hälfte der Urversammlung des Ortes hätte, wäre es ihr durchaus unmöglich, die Bildung eines Wahlkreises zu erhalten und sich somit vertreten zu lassen, obgleich

ihre numerische Stärke in Wirklichkeit sehr bedeutend sein könnte. Die Erfahrung hat uns auch bewiesen, daß die Bildung von getrennten Wahlkreisen in einem Bezirke die Vertretung desselben fälschen kann. Es genügt dazu, daß die Bevölkerung des Wahlkreises stärker wäre, als die des übrigen Bezirks, und daß in diesem erstern die Parthei, welche die Bildung eines Wahlkreises begehrt, über eine nur schwache Mehrheit verfügt. Wenn die Wähler des übrigen Bezirks ausschließlich oder doch in ihrer sehr großen Mehrheit der entgegengesetzten Meinung angehören, die zugleich auch die der Wähler ist, die im Kreise in Minderheit blieben, so haben wir das oben erwähnte anormale Ergebnis, d. h. daß die Meinung, die im Bezirke die Minderheit bildet, im Wahlkreise aber die Mehrheit, durch diesen Kreis eine Mehrheit von Abgeordneten wählt, während die, welche im Bezirke die Mehrheit besitzt, eine schwächere Zahl von Vertretern erhält.

Dies sind die Hauptgründe, die uns bestimmten, Ihnen das soeben auseinander gesetzte System vorzuschlagen. Obgleich dasselbe durchgängig als äußerst gerecht gerühmt, von kompetenten Männern als leicht ausführbar anerkannt wird, so vermochte es doch noch nicht, die Vorurtheile und die Gewohnheit zu überwinden. Das ist aber kein Grund, um eine Idee, die wir für gerecht und wahr halten, aufzugeben, und wir glauben nicht, mit der Verwirklichung eines Fortschrittes zuwarten zu müssen, bis derselbe bereits überall anderswo durchgeführt worden.
